Dresdner Volkszeitung.

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 60 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefaufbewahrung 20 Pf.

Nr. 155. | Dresden, Mittwoch den 9. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Aufhebung der Blockade.

Rotterdam, 8. Juli. Daily Mail meldet: Das Wirtschaftsamt gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstag abend die Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland angezeigt ist, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend in vollem Umfange aufgehoben wird.

Lloyds in London nimmt zum erstenmal seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

•

Die Hamburger Eisenbahner für Arbeitsaufnahme.

Hamburg, 9. Juli. In der gestern Nachmittag abgehaltenen Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbands, an der sich 147 Funktionäre beteiligten, wurde mit 134 gegen 7 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung erklärte, von einem Ortsstreik Abstand zu nehmen. Sie empfiehlt dringend den bereits im Ausstand befindlichen Kollegen, umgehend die Arbeit wieder aufzunehmen und verlangt, daß der Hauptvorstand unverzüglich die Verhandlungen mit dem Ministerium aufnimmt und die Eisenbahnerforderungen zur gegebenen Zeit zentral durchführt.

Ein Kompromiß in der Schulfrage.

Wie aus Weimar berichtet wird, sollen die Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Schulfrage zu einem Kompromiß geführt werden. Es wird darüber gemeldet:

> Die Abmachungen gehen dahin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule nicht geändert werden sollen, daß also die konfessionelle Schule erhalten bleibt, der Religionsunterricht seinen Platz im Lehrplan behält, ohne jedoch obligatorisch zu sein. Die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen bleibt bestehen. Private Volksschulen sollen aber nur errichtet werden, wenn sonst konfessionelle Minderheiten nicht zu ihrem Rechte kommen sollten. Der Kultusminister stimmte der Vorlage zu.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Schule ihre Ziele nicht verwirklichen kann und sie dem Zentrum Zugeständnisse machen muß. Die Herren Unabhängigen suchen sich natürlich diese Dinge zunutze zu machen, um über unsre Partei herzufallen. In der Freiheit wird von Kulturverrat gesprochen und erklärt, es sei ein unerhörter Skandal, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie überhaupt stattfinden konnten. Die Unabhängigen machen sich die Sache kolossal leicht. Ihnen haben wir es zu verdanken, daß wir in der Nationalversammlung keine sozialdemokratische Mehrheit haben. Sie lehnen es ab, in die Regierung einzutreten und machen unsern Vertretern in der Regierung Schwierigkeiten, wo sie nur können. Ihre Schuld ist es, wenn unsre Partei gezwungen ist, zusammen mit bürgerlichen Parteien ein Ministerium zu bilden. Wenn nun die Sozialdemokratie Zugeständnisse an diese Parteien machen muß, erheben sie einen fürchterlichen Lärm. Dadurch werden sie die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen können, daß ihre törichte Zersplitterungspolitik schuld daran ist, wenn es auf vielen Gebieten nicht so vorwärts geht, wie wir das wünschen müssen.

Steuern und Sozialisierung.

Die Beratung der neuen Steuergesetze hat in der Nationalversammlung begonnen. Die Steuergesetze, die jetzt zur Beratung stehen, sind ja nur Vorläufer von dem, was kommen wird. Die wichtigste finanzielle Maßnahme wird die Erhebung der großen Vermögensabgabe sein, von der auch gestern in der Nationalversammlung wiederholt gesprochen wurde. Der neue Finanzminister Erzberger leitete die Beratung mit einer größeren Rede ein. Man wird Herrn Erzberger zustimmen, wenn er einen Staatsbankrott, eine Annullierung der Kriegsanleihe ablehnt. Nur der Hang zur Demagogie macht es erklärlich, wenn die Unabhängigen eine Annullierung der Kriegsanleihe verlangen, eine Forderung, die übrigens die volkswirtschaftlich Einsichtigen unter ihnen, wie z. B. der frühere preußische Finanzminister Simon, entschieden ablehnen. Eine Annullierung der Kriegsanleihe würde wie eine ungleichmäßige Vermögensabgabe wirken. Es hing dabei rein vom Zufall ab, ob jemand einen großen oder kleinen Teil seines Vermögens opfern muß, außerdem würde in unsre Volkswirtschaft eine heillose Verwirrung gebracht, weil zahlreiche Unternehmer ihres Betriebskapitals beraubt und an der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gehindert würden. Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Erschwerung unsres wirtschaftlichen Wiederaufbaues wären die Folgen eines derartigen Staatsbankrotts, dem zweifellos eine Vermögensabgabe, die die Kapitalisten nach ihrer Leistungsfähigkeit trifft, entschieden vorzuziehen ist.

Herr Erzberger erklärte es für seine Aufgabe, möglichst Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen. Gerechte Steuern, so führte er aus, seien die beste Sozialisierung und eine solche Sozialisierung tue uns wirtschaftlich not. Zweifellos können Steuern ein Mittel der Sozialisierung werden. Aber es genügt hierbei nicht, daß durch die Steuern ein gewisser Einkommens-Ausgleich geschaffen wird. Wenn uns die Sozialisierung nichts weiter bringt wie einen solchen Ausgleich, so wäre für das Proletariat damit nicht allzuviel gewonnen. Die Reichen würden zwar dann ärmer, aber die Armen nicht reicher werden. Etwas andres ist es, wenn Steuern als ein Mittel dienen, um den Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben zu vermehren, wie das für die Vermögensabgabe von Goldscheid in seinem Buche „Sozialisierung oder Staatsbankrott" und auch in dem Wissell-Möllendorffschen Programm vorgeschlagen wird.

Soll bei der Sozialisierung für die Massen etwas Nützliches herauskommen, so müssen Produktion und Güterverteilung in Zukunft besser organisiert werden. Wird durch die Vermögensabgabe das Reich Miteigentümer unsrer bedeutendsten Unternehmungen, unsrer Großbanken, chemischen und Elektrizitätsgesellschaften usw., so erlangt es auf diese Weise einen Einfluß auf das Wirtschaftsleben, den es geltend machen kann, um die Organisation unsres Wirtschaftslebens zu verbessern. In dem Wissellschen Programm ist bekanntlich eine Reichsvermögensbank vorgesehen, die dem Reiche die bei der Vermögensabgabe zufallenden Werte übernehmen soll.

Wie gemeldet wird, soll Wissell im Reichskabinett keine Unterstützung für seine Pläne gefunden haben, und der Rücktritt Wissells soll nur eine Frage von Tagen sein. Ist diese Meldung richtig, so wäre das um so merkwürdiger, als Wissell auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar große Zustimmung gefunden hat und die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung aus Sozialdemokraten besteht. Wir wollen uns nicht auf alles festlegen, was in dem Wissellschen Programm gefordert wird. Ueber Einzelheiten kann man gewiß reden, aber die Sozialdemokratie muß daran festhalten, daß wir mit der planmäßigen Organisation unsrer Volkswirtschaft beginnen müssen. Wenn der von Wissell vorgeschlagene Weg abgelehnt wird, so muß uns die Regierung sagen, welche andern Vorschläge sie machen will, um auf dem Wege zu einer planmäßigen Organisation des Wirtschaftslebens vorwärtszuschreiten. — Aber es ist unsres Erachtens auf die Dauer die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung nicht möglich, die auf jede Sozialisierungsmaßnahme verzichtet. Sind die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wirklich nicht imstande, zu erreichen, daß hier vorwärts gegangen wird, so tut die Sozialdemokratie besser, sich an der Regierung nicht zu beteiligen und sie den bürgerlichen Parteien allein zu überlassen.

•

Das Steuerbukett.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Am Dienstag hatte die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ihre fünfzigste Sitzung, und diese galt der dritten Beratung über die ersten zehn Steuergesetze. Matthias Erzberger, der Reichsfinanzminister, legte zunächst ein Gelübde ab: Es soll kein Arbeitseinkommen besteuert werden, ehe dem Kapital die ihm zukommenden Lasten aufgebürdet sind. Denn das Reich braucht neunmal, die Einzelstaaten brauchen doppelt so viel Einnahmen wie bisher. Und so bleibt der Regierung nichts übrig, als das Volk an dem großen Bukett riechen zu lassen, dessen Blumen ganz unbotanische Namen tragen, wie z. B. außerordentliche Kriegsabgabe, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Grundwechselsteuer, Erbschaftssteuer, Vergnügungssteuer, Zuckersteuer, Tabaksteuer usw.

Daß Erzberger einen seiner Vorgänger, Dr. Helfferich, als den leichtfertigsten aller Finanzminister brandmarkte, mag ungewöhnlich sein, so daß man die Erregung der Rechten begreifen kann, aus der unter lebhafter Unruhe kräftige Zurufe und Zischlaute in die Luft stiegen. Aber recht hat er, und darauf kommt es schließlich doch in erster Linie an. Seinen unmittelbaren Vorgängern, Schiffer und Dernburg, sprach Erzberger Dank aus für ihre fleißige Arbeit — eine Höflichkeit, deren innere Berechtigung unser Fraktionsredner, Genosse Keil, der unmittelbar nach dem Minister zu Worte kam, bestritt, und zwar aus dem Grunde, weil alle bisherigen Regierungen seit dem 9. November 1918 den Steuerdefiziten nicht mit der erforderlichen Energie zu Leibe gegangen sind. Dem früheren Nationalliberalen, spätern Reichsfinanzminister und jetzigen Abgeordneten Schiffer klangen stets Donnerworte übel in den Ohren, und er bemühte sich eifrigst, in nervöser Erregung die Schuld von sich abzuwälzen und allen möglichen andern Personen in die Schuhe zu schieben, darunter natürlich auch den Soldatenräten. Der sonst so kluge Schiffer hatte keinen überaus guten Tag: deshalb mußte er sich geradezu auslachen lassen, als er den Vorschlag machte, man solle für die Kriegssteuerbefreiten „zum unwiderruflich letzten Male" einen Generalpardon ausschreiben, wenn sie ihre Sünden eingestünden und was sie an dem Vaterlande verbrochen hätten mit harter Münze gutmachten. Dem Redner schwebte offenbar Tetzels großer Ablaßkasten vor, in dem das Geld erst richtig klingen mußte, ehe die liebe Seele in den Himmel springen konnte.

• • •

Rücktritt Wissells?

Weimar, 9. Juli. In der gestrigen Kabinettssitzung ist Reichswirtschaftsminister Wissell mit seiner Planwirtschaft völlig einsam geblieben; für seine Auffassung erhob sich auch nicht eine Stimme. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers ist damit in greifbare Nähe gerückt. Er hat zwar das Rücktrittsgesuch noch nicht eingereicht. Man rechnet aber damit, daß es nach der Fraktionssitzung der Sozialdemokratischen Partei erfolgt, deren Mehrheit auch bei aller subjektiven Wertschätzung der Persönlichkeit gegen ihn entscheiden dürfte. Ministerpräsident Bauer hat dem Präsidenten mitgeteilt, daß er nicht am Donnerstag, sondern erst in der nächsten Woche seine Programmrede halten werde. Der Grund für diese Verschiebung ist der, daß der Ministerpräsident in seinen Ausführungen ein umfassendes Programm seiner Regierungsabsichten geben will und für die Ausgestaltung dieses Programms, nachdem jetzt die Wissellsche Planwirtschaft ausgeschaltet ist, neue Erwägungen und Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung des wirtschaftlichen Aufbaues im Kabinett notwendig geworden sind. Für heute Mittwoch bleibt es bei der Ratifizierung des Friedens. Es kann mit einer kurzen Sitzung gerechnet werden, da sich die Parteien alle auf formulierte Erklärungen beschränken werden und außerdem nur noch eine gemeinsame Protestkundgebung der Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten zu erwarten ist. Donnerstag werden wahrscheinlich die Beratungen über die Verfassungsvorlage wieder aufgenommen werden.

Das Streikverbrechen.

Die Eisenbahnerstreiks haben noch kein Ende erreicht. Zwar sind die Arbeiter in verschiedenen Direktionsbezirken zur Vernunft gekommen und zur Arbeit zurückgekehrt, natürlich unter Aufrechterhaltung ihrer Forderungen, die aber durch Verhandlungen des Hauptvorstandes mit dem Ministerium durchgesetzt werden sollen. Es wird wahrhaftig Zeit, daß die Vernunft wiederkehrt, denn die Gefahren, die diese wilden Streiks mit sich bringen, sind ganz bedeutend. Treffend werden die geschaffenen Zustände durch einen Artikel im Vorwärts beleuchtet, dem wir folgendes entnehmen:

> Erlebten wir nicht beim Eisenbahnerstreik, daß sich Gesellen in den Vordergrund drängten, die spottlächelnd erklärten, „kein Mischzug dürfe hereingelassen werden, wenn auch einige Säuglinge mehr krepierten, während des Kriegs seien sowieso genug verreckt!" — Und anstatt diesen feigen und verbrecherischen Schwätzer dorthin zu schicken, wohin er gehört, wählen ihn die verhetzten und aufgestachelten Eisenbahnarbeiter in den Arbeiterrat! Diese Leute, die großenteils vor ein und zwei Jahren noch Gelbe und Unorganisierte waren und jetzt kaltherzig grinsend über die Leichen verhungerter Proletarierkinder schreiten, führen dann unglaubliche Hetzreden gegen die bekannten und geschätzten Gewerkschaftsfunktionäre. So haben sie früher auch gegen die Gewerkschaftsfunktionäre gehetzt, nur damals als Gelbe von rechts, jetzt als Radikale von links.
>
> In einer solchen Eisenbahnerversammlung ist dann auch das freche Wort gepredigt worden, daß die Eisenbahner und überhaupt diejenigen Arbeitergruppen in erster Linie streiken müßten, die „die Hand an der Gurgel des Staates" haben. Welcher Staat kann es wohl vertragen, wenn ihm dauernd das Messer von Leuten an die Kehle gesetzt ist, die gänzlich unerprobten, von Leidenschaften beherrschten, haltlosen, zum Teil direkt zurechnungsfähigen Führern nachlaufen? Solche Leute, die kaltlächelnd erklären, auf ein paar Säuglingsleichen mehr oder weniger käme es nicht an, machen sich natürlich kein Gewissen daraus, bei der ersten Gelegenheit zuzuschneiden. Vielleicht finden sie sogar ein sadistisches Vergnügen dabei. Ist doch schon zugeschnitten worden. Fallen doch schon die Säuglingsleichen dichter, weil infolge der wilden Eisenbahnerstreiks, von denen immer mehr feststeht, daß sie von politischen Hetzern geschürt werden, die Lebensmittelzufuhr ins Stocken gerät. Wie uns von allerdazuständigster Seite mitgeteilt wird, machen sich die Folgen der Streiks in der Lebensmittelversorgung schon deutlich fühlbar. Tausende von Wagen mit Lebensmitteln sind von den Streikenden aufgehalten worden. Die erste Folge davon ist ein schärferes Anziehen der Preise für eine Reihe von Lebensmitteln; dadurch sind die Maßnahmen und die Versuche der Regierung zur Senkung der Lebensmittelpreise wirkungslos gemacht worden. Eine Menge von Fischsendungen, Gemüse und Obst ist verdorben. Außer den großen finanziellen Schäden sind dadurch große Mengen von Lebensmitteln der Bevölkerung entzogen worden, ein Verbrechen am Volke, das nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Durch die Stillegung des Verkehrs sind die Vorräte von Kohlengärten in der Umgegend der Stadt für Tage nicht imstande gewesen, die Gärten zu bearbeiten und für Vieh zu verabfolgen. Es wird gemeldet, daß dadurch eine Reihe von Gemüsen unterpflügen und Kartoffelernten zerstört sind.
>
> Das ist schon ein tiefer Schnitt in die Gurgel des Staats, ein Schnitt oder der Proletarierblut fließen macht. Im Interesse von Millionen und aber Millionen rufen wir: „Hand weg von der Gurgel des Staates!" Wer an einer Stelle steht, von deren Funktionieren das Schicksal Unschuldiger abhängt, der hat die moralische Pflicht gegenüber der Gesamtheit, nur der Stimme der klarsten Vernunft und der ruhigsten Einsicht zu folgen. Aufgestachelte